

Suckow/Weidemann/Barthel

Allgemeines Verwaltungsrecht und Verwaltungsrechtsschutz

17., überarbeitete Auflage

Studienreihe öffentliche Verwaltung

Suckow/Weidemann/Barthel

Allgemeines Verwaltungsrecht und Verwaltungsrechtsschutz

17., überarbeitete Auflage

Kohlhammer
DEUTSCHER
GEMEINDEVERLAG

Allgemeines Verwaltungsrecht und Verwaltungsrechtsschutz

begründet von

Horst Suckow †

vormals Fachhochschullehrer an der Niedersächsischen
Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege,
Kommunale Abteilung Hannover

fortgeführt von

Prof. Holger Weidemann

vormals Vizepräsident und Studiendekan der Kommunalen
Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen (HSVN), zudem
Ausbildungsleiter des Nds. Studieninstituts Hannover

Prof. Dr. Torsten F. Barthel, LL.M.

Professor für Allgemeines Verwaltungsrecht an der
Kommunalen Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen
(HSVN) und Rechtsanwalt mit Schwerpunkt
Verwaltungsrecht in Berlin

17., überarbeitete Auflage

Deutscher Gemeindeverlag

17. Auflage 2021

Alle Rechte vorbehalten

© Deutscher Gemeindeverlag GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-555-01997-0

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-555-01998-7

epub: ISBN 978-3-555-01999-4

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

In der Neuauflage werden die Grundzüge des allgemeinen Verwaltungsrechts sowie des Verwaltungsrechtsschutzes systematisch dargestellt und anhand zahlreicher Beispiele und Abbildungen veranschaulicht. Den Schwerpunkt bildet das Verwaltungshandeln, vor allem der Verwaltungsakt und die für die Ausbildung wichtigsten damit zusammenhängenden Fragen. Weiter werden das Widerspruchsverfahren, der vorläufige Rechtsschutz und das verwaltungsgerichtliche Klagesystem behandelt. Die aktuelle Literatur und Rechtsprechung sind eingearbeitet.

Prof. Holger Weidemann, vormals Vizepräsident und Studiendekan der Kommunalen Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen (HSVN) und Ausbildungsleiter des Nds. Studieninstituts Hannover.

Prof. Dr. Thorsten F. Barthel, Professor für Allgemeines Verwaltungsrecht an der Kommunalen Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen (HSVN) und Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Verwaltungsrecht in Berlin.

Vorwort zur 17. Auflage

Zählte das **Allgemeine Verwaltungsverfahrensrecht** über viele Jahrzehnte zu den eher stabilen Rechtsgebieten, so hat sich diese Situation in den vergangenen Jahren gravierend geändert. **Gesellschaftliche Entwicklungen**, wie beispielsweise das Vordringen der elektronischen Kommunikation oder aber Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger an einer verstärkten Teilhabe an öffentlichen Entwicklungen (Stichwort: „Stuttgart 21“), wie auch Vorgaben der **EU** sind **Motor** für diese Entwicklung. Gerade die Europäische Dienstleistungsrichtlinie hat den Gesetzgeber veranlasst, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Verwaltungsverfahren transparenter werden und zügiger durchgeführt werden können. Instrumente sind hier der **einheitliche Ansprechpartner** (§§ 71a VwVfG) und die sog. **fiktive Genehmigung** (§ 42a VwVfG) und der **vollautomatische Verwaltungsakt** (§§ 35a und 42 Abs. 2a VwVfG). Mit dem **De-Mail-Gesetz**, der Anpassung des VwZG (§§ 2, 5a) und dem **E-Government-Gesetz** ist das Tor für eine umfassende (rechtssichere) elektronische Kommunikation der Verwaltungen mit den Bürgern weit aufgestoßen worden. Das **Online-Zugangsgesetz** setzt zudem Fristen, bis wann Verwaltungen ihre Leistungen online anzubieten haben.

Die **17. Auflage des Werkes ist grundlegend überarbeitet** worden und greift die neuen Rechtsentwicklungen auf. Der **Digitalisierung** ist, im Hinblick auf deren herausragende Bedeutung, ein **eigenes Kapitel** gewidmet worden. Aber auch die Fachgesetze sind in der Vergangenheit deutlich verändert worden. Die Neuauflage greift auch diese Änderungen auf. Zudem erforderte die Spruchpraxis der Gerichte eine

Aktualisierung. **Anregungen** aus der **Lehre** und der **Praxis** sind gerne aufgegriffen worden. Dies führte zur **grundlegenden Überarbeitung** einzelner Abschnitte (beispielsweise die Darstellungen von Informationsrechten der Bürger und des Verwaltungsverfahrens).

Das grundlegend überarbeitete **Buch knüpft** aber an **Bewährtem** an:

So werden in diesem Buch die wichtigsten Themen des **Allgemeinen Verwaltungsrechts** sowie der **Verwaltungsrechtsschutz** in den Grundzügen systematisch dargestellt. Der Schwerpunkt der Darstellung ist auf das Verwaltungshandeln, insbesondere auf den Verwaltungsakt und die bedeutsamsten damit zusammenhängenden Fragen, gelegt worden. Behandelt werden zudem der öffentlich-rechtliche Vertrag und der Verwaltungszwang. Eingehend wird zudem das Widerspruchsverfahren (Vorverfahren) behandelt.

Außerdem wird der vorläufige Rechtsschutz in seinen Grundzügen vorgestellt. Ein Überblick über das verwaltungsgerichtliche Klagesystem rundet die Darstellungen ab. Einem Wunsch der Praxis folgend hat das Thema „Verwaltungsgerichtliches Klagesystem“ eine weitere Aufwertung gefunden.

Nach Inhalt und Gestaltung ist dieses Buch ausbildungsorientiert. Rechtsprechung und Literatur sind eingearbeitet worden. Wer sich vertiefend mit dem Verwaltungsrecht und dem Rechtsschutz befassen möchte, dem gibt das Buch nützliche Hinweise auf Kommentare, Lehrbücher, Aufsätze und die Spruchpraxis der Gerichte. Immer wieder werden Hinweise zu veröffentlichten Fallbearbeitungen gegeben. Vorliegend ging es darum, den ausgewählten Stoff in komprimierter Form zusammenzustellen, dabei alles Wichtige anzusprechen und es anhand praktischer Beispiele zu veranschaulichen. Dem Leser wird damit ein Hilfsmittel an die Hand gegeben, das es ihm erleichtert, einen Überblick über das Allgemeine

Verwaltungsrecht und den Verwaltungsrechtsschutz zu gewinnen. Zahlreiche Übersichten, Grafiken und Flussdiagramme lockern den Rechtsstoff auf und verdeutlichen Verfahrensabläufe und schwieriger zu erfassende Zusammenhänge.

Im Anhang werden die wichtigsten die Rechtsbehelfsbelehrung betreffenden Fragen zusammenfassend behandelt.

Das Buch ist vor allem für **Teilnehmerinnen und Teilnehmer** der Studien- und Lehrgänge an den **Hochschulen, Studieninstituten** und **Verwaltungsschulen** und **-akademien** geschrieben. Aber auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer an **weiterführenden Lehrgängen** dürften dieses Buch mit Gewinn lesen. So ist es in besonderem Maße dazu geeignet, die in vorangegangenen Lehrgängen behandelten wesentlichen Fragen dieser Rechtsgebiete zu wiederholen. Das Buch hilft ferner dem **Verwaltungspraktiker**, sich rasch mit den Neuerungen des Verwaltungsrechts vertraut zu machen.

Wir wünschen allen Nutzern, dass sie die gestellte Aufgabe bzw. Frage mit Hilfe des Buches erfolgreich lösen können. Anregungen, Verbesserungsvorschläge, aber auch Lob sind jederzeit sehr willkommen. Die elektronische Anschrift lautet:

holger.weidemann@outlook.de

Hannover/Syke/Berlin, im Mai 2021
Holger Weidemann

Torsten F. Barthel

Vorwort zur 1. Auflage (Auszug)

In diesem Grundriss werden einige Themen des allgemeinen Verwaltungs- und Verfahrensrechts in den Grundzügen systematisch dargestellt. Für die Auswahl der Themen waren, wenn auch nicht ausschließlich, die Unterrichtsinhalte und Lernziele maßgebend, die in dem Lehr- und Stoffverteilungsplan für die Theoretische Ausbildung der Anwärter des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes festgelegt sind.

Umfassende Information kann und soll dieses Skriptum nicht gewährleisten. Wer nachschlagen möchte, muss sich eines Lehrbuches des Verwaltungsrechts bedienen. Hier ging es nur darum, den ausgewählten Stoff in stark komprimierter Form zusammenzustellen, dabei möglichst alles Wichtige zu bringen und es mit praktischen Beispielen zu belegen. Dem Lehrgangsteilnehmer wird damit ein Hilfsmittel an die Hand gegeben, das es ihm erleichtern soll, einen Überblick über wichtige Bereiche des allgemeinen Verwaltungs- und Verfahrensrechts zu gewinnen und den Unterrichtsstoff nachzuarbeiten.

Hannover, im Juni 1979
Horst Suckow

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 17. Auflage

Vorwort zur 1. Auflage (Auszug)

Prüfungsschemata - Überblick

Abkürzungen

Literaturverzeichnis

1 Grundsatz der Gewaltentrennung; Begriff und Wesen der Verwaltung

1.1 Grundsatz der Gewaltentrennung

1.2 Begriff und Wesen der Verwaltung

2 Träger der öffentlichen Verwaltung

2.1 Juristische Personen des öffentlichen Rechts

2.1.1 Körperschaften

2.1.2 Anstalten

2.1.3 Stiftungen

2.2 Rechtsträger des Privatrechts

2.3 Privatisierungen

3 Grundsatz der Gesetzmäßigkeit; Rechtsquellen des Verwaltungsrechts; Verwaltungsvorschriften; Verwaltungsrechtsverhältnis

3.1 Grundsatz der Gesetzmäßigkeit

3.1.1 Allgemeines

3.1.2 Vorrang des Gesetzes

3.1.3 Vorbehalt des Gesetzes

3.2 Rechtsquellen

3.2.1 Arten

3.2.2 Exkurs: Rechtsquellen der Europäischen Union

3.2.3 Allgemeines und besonderes Verwaltungsrecht - Abgrenzung

3.2.4 Anwendbarkeit des VwVfG

3.3 Ergänzung des Verwaltungsrechts durch bürgerliches Recht

- 3.4 Rangordnung der Rechtsquellen
- 3.5 Normprüfungs- und Verwerfungskompetenz
- 3.6 Verwaltungsvorschriften
 - 3.6.1 Begriff, Zweck und Arten; Abgrenzung
 - 3.6.2 Abgrenzung von Rechtsquellen
 - 3.6.3 Bedeutung der Verwaltungsvorschriften im Außenverhältnis; Selbstbindung der Verwaltung
- 3.7 Das Verwaltungsrechtsverhältnis
 - 3.7.1 Begriff und Bedeutung
 - 3.7.2 Arten
 - 3.7.3 Das subjektive öffentliche Recht
- 3.8 Informationsrechte der Bürger
- 3.9 Digitalisierung der Verwaltung
 - 3.9.1 Allgemeine Rechtsentwicklung der Verwaltungsdigitalisierung
 - 3.9.2 Onlinezugangsgesetz (OZG)
 - 3.9.3 E-Government-Gesetz (EGovG)
 - 3.9.4 De-Mail-Gesetz
 - 3.9.5 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)
 - 3.9.6 Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG)
 - 3.9.7 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)
 - 3.9.8 Vertrauensdienstegesetz (VDG)
 - 3.9.9 Identifikationsnummerngesetz (IDNrG)

4 Verwaltungshandeln

- 4.1 Arten
 - 4.1.1 Öffentlich-rechtliches und privatrechtliches Verwaltungshandeln – Übersicht
 - 4.1.2 Öffentlich-rechtliches Verwaltungshandeln im Einzelnen (Überblick)
- 4.2 Verwaltungsverfahren
- 4.3 Verwaltungsakt
 - 4.3.1 Begriff
 - 4.3.1.1 Verwaltungsakt allgemein
 - 4.3.1.2 Allgemeinverfügung.
 - 4.3.1.3 Verwaltungsakt kraft gesetzlicher Anordnung

- 4.3.1.4 Vollautomatischer Verwaltungsakt
- 4.3.2 Bedeutung; Funktionen
 - 4.3.2.1 Regelungsfunktion
 - 4.3.2.2 Titelfunktion
 - 4.3.2.3 Prozessrechtliche und verfahrensrechtliche Funktionen
- 4.3.3 Arten
 - 4.3.3.1 Bedeutung der Einordnung
 - 4.3.3.2 Einteilung nach dem Inhalt
 - 4.3.3.3 Einteilung nach der Wirkung für die betroffene Person
 - 4.3.3.4 Einteilung nach der zeitlichen Wirkung
 - 4.3.3.5 Einteilung nach der Beteiligung der betroffenen Person
 - 4.3.3.6 Einteilung nach den Entscheidungsgrenzen
 - 4.3.3.7 Sonderformen
 - 4.3.3.7.1 Vorläufiger Verwaltungsakt.
 - 4.3.3.7.2 Fiktiver Verwaltungsakt – Genehmigungsfiktion
- 4.3.4 Rechtmäßigkeit
 - 4.3.4.1 Begriff; Abgrenzung
 - 4.3.4.2 VA-Befugnis
 - 4.3.4.3 Formelle Rechtmäßigkeit
 - 4.3.4.3.1 Zuständigkeit
 - 4.3.4.3.2 (Wesentliche) Verfahrensregelungen
 - 4.3.4.3.2.1 Allgemein
 - 4.3.4.3.2.2 Ausgeschlossene Personen
 - 4.3.4.3.2.3 Anhörung
 - 4.3.4.3.3 Form
 - 4.3.4.3.4 Weitere formelle Anforderungen
 - 4.3.4.4 Materielle Rechtmäßigkeit
 - 4.3.4.4.1 Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes
 - 4.3.4.4.2 Tatbestandsmäßigkeit
 - 4.3.4.4.3 Richtiger Adressat
 - 4.3.4.4.4 Keine Unmöglichkeit

- 4.3.4.4.5 Zutreffende Rechtsfolge
 - 4.3.4.4.6 Bestimmtheit
 - 4.3.4.4.7 Verhältnismäßigkeit
 - 4.3.4.4.8 Keine entgegenstehende
Zusicherung
 - 4.3.4.4.9 Beachtung der Grundrechte
 - 4.3.4.5 Heilung
 - 4.3.5 Bekanntgabe
 - 4.3.5.1 Bedeutung; Begriff
 - 4.3.5.2 Nichtförmliche Bekanntgabe
 - 4.3.5.3 Förmliche Bekanntgabe (Zustellung);
Zustellungsarten
 - 4.3.5.4 Heilung von Zustellungsmängeln
 - 4.3.6 Wirksamkeit
 - 4.3.7 Der fehlerhafte Verwaltungsakt
 - 4.3.7.1 Arten (Überblick)
 - 4.3.7.2 Fehler, die Nichtigkeit zur Folge haben
 - 4.3.7.3 Fehler, die Vernichtbarkeit zur Folge
haben
 - 4.3.7.4 Sonstige Fehler
- 4.4 Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt
 - 4.4.1 Zweck
 - 4.4.2 Abgrenzung von Inhaltsbestimmungen
 - 4.4.3 Begriffe und Abgrenzung
 - 4.4.4 Rechtmäßigkeit
- 4.5 Ermessen
 - 4.5.1 Begriff; Abgrenzung von der gebundenen
Verwaltung
 - 4.5.2 Einräumung; Arten
 - 4.5.3 Ermessensausübung
 - 4.5.4 Ermessensreduktion
 - 4.5.5 Ermessensfehler
 - 4.5.5.1 Ermessensüberschreitung
 - 4.5.5.2 Ermessensfehlgebrauch
- 4.6 Unbestimmte Rechtsbegriffe;
Beurteilungsspielraum

- 4.6.1 Unbestimmte Rechtsbegriffe
 - 4.6.2 Beurteilungsspielraum
 - 4.7 Erlaubnisse – Grundtypen
 - 4.7.1 (Präventives) Verbot mit Erlaubnisvorbehalt
 - 4.7.2 Erlaubnis mit Verbotsvorbehalt
 - 4.7.3 Anzeigengebot
 - 4.7.4 (Repressives) Verbot mit Befreiungsvorbehalt
 - 4.8 Bestandskraft
 - 4.8.1 Wiederaufgreifen des Verfahrens;
Allgemeines; Begriff
 - 4.8.2 Abgrenzung des Zweitverfahrens vom
Neuverfahren
 - 4.8.3 Entscheidungen der Behörde
 - 4.8.3.1 Entscheidung über das Wiederaufgreifen
 - 4.8.3.1.1 Verpflichtung zum Wiederaufgreifen
des Verfahrens
 - 4.8.3.1.1.1 Zulässigkeit des Antrages
 - 4.8.3.1.1.2 Begründetheit des Antrages
 - 4.8.3.1.2 Wiederaufgreifensermessen
 - 4.8.3.2 Entscheidung in der Sache
- 4.9 Rücknahme und Widerruf
 - 4.9.1 Allgemeines
 - 4.9.2 Rücknahme (§ 48 VwVfG)
 - 4.9.3 Widerruf (§ 49 VwVfG)
 - 4.9.4 Folgen der Aufhebung
- 4.10 Zusage und Zusicherung
 - 4.10.1 Begriff
 - 4.10.2 Zusicherung
 - 4.10.3 Rechtsnatur der Zusicherung
 - 4.10.4 Wirksamkeit
 - 4.10.5 Rechtmäßigkeit
 - 4.10.6 Rücknahme und Widerruf
 - 4.10.7 Abgrenzung
- 4.11 Öffentlich-rechtlicher Vertrag
 - 4.11.1 Begriff, Rechtsquellen und Abgrenzung zum
privatrechtlichen Vertrag und zum Verwaltungsakt

- 4.11.2 Arten
 - 4.11.2.1 Koordinationsrechtliche Verträge
 - 4.11.2.2 Subordinationsrechtliche Verträge
 - 4.11.2.3 Abgrenzung
- 4.11.3 Zustandekommen
- 4.11.4 Rechtmäßigkeit
 - 4.11.4.1 Allgemeines
 - 4.11.4.2 Rechtmäßigkeit der Handlungsart
 - 4.11.4.3 Rechtmäßigkeit des Inhalts
- 4.11.5 Nichtigkeit
- 4.11.6 Erfüllung, Anpassung und Kündigung
- 4.11.7 Durchsetzung
 - 4.11.7.1 Grundsatz
 - 4.11.7.2 Vollstreckung
- 4.11.8 Entwicklung
- 4.12 Schlichtes Verwaltungshandeln
 - 4.12.1 Bedeutung und Begriff
 - 4.12.2 Anforderungen an die Rechtmäßigkeit, Rechtsschutz, Fehlerfolgen

5 Verwaltungszwang

- 5.1 Allgemeines; Arten
- 5.2 Zwangsmittel
 - 5.2.1 Abgrenzung von Ahndungsmitteln
 - 5.2.2 Arten; Begriffe
 - 5.2.3 Abgrenzung des unmittelbaren Zwanges von der Ersatzvornahme
 - 5.2.4 Auswahl der Zwangsmittel
 - 5.2.5 Voraussetzungen
 - 5.2.6 Verfahren
- 5.3 Sofortiger Vollzug
 - 5.3.1 Begriff
 - 5.3.2 Abgrenzung zur Ersatzvornahme und zur Sicherstellung
 - 5.3.3 Voraussetzungen
 - 5.3.4 Kosten
- 5.4 Rechtsschutz

6 Verwaltungsrechtsschutz

6.1 Allgemeines

6.2 Rechtsschutz innerhalb der Verwaltung

6.3 Rechtsschutz gegenüber der Verwaltung

6.4 Formlose und förmliche Rechtsbehelfe

6.4.1 Formlose Rechtsbehelfe

6.4.2 Förmliche Rechtsbehelfe

6.4.2.1 Überblick

6.4.2.2 Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz

6.4.2.2.1 Die Verwaltungsgerichtsbarkeit.

6.4.2.2.2 Klagearten

6.4.2.2.2.1 Allgemein

6.4.2.2.2.2 Anfechtungsklage

6.4.2.2.2.3 Verpflichtungsklage

6.4.2.2.2.4 Allgemeine Leistungsklage

6.4.2.2.2.5 Feststellungsklage

6.4.2.2.2.6 Fortsetzungsfeststellungsklage

.

6.4.2.2.2.7 Normenkontrollklage

6.5 Vorverfahren

6.5.1 Erfordernis; Zweck; Beginn

6.5.2 Rechtliche Grundlagen

6.5.3 Zulässigkeit des Widerspruchs

6.5.3.1 Übersicht

6.5.3.2 Verwaltungsrechtsweg

6.5.3.3 Statthaftigkeit

6.5.3.4 Ordnungsgemäße Einlegung

6.5.3.5 Beteiligungs- und Handlungsfähigkeit;
Bevollmächtigte

6.5.3.6 Widerspruchsbefugnis

6.5.3.7 Das (allgemeine) Rechtsschutzbedürfnis

6.5.3.8 Unzulässigkeit, Rücknahme, Verzicht

6.5.4 Begründetheit des Widerspruchs

6.5.4.1 Begründetheit des
Anfechtungswiderspruchs

6.5.4.1.1 Rechtswidrigkeit

- 6.5.4.1.2 Rechtsverletzung
 - 6.5.4.1.3 Kein Ausschluss des Aufhebungsanspruchs
 - 6.5.4.1.4 Zweckwidrigkeit
 - 6.5.4.2 Begründetheit des Verpflichtungswiderspruchs
- 6.5.5 Die maßgebliche Sach- und Rechtslage
- 6.5.6 Prüfungskompetenz der Widerspruchsbehörde
 - 6.5.6.1 Die umfassende Kontrollkompetenz
 - 6.5.6.2 Grenzen
 - 6.5.6.3 Verböserung im Widerspruchsverfahren
- 6.5.7 Kostenentscheidung im Widerspruchsverfahren
- 6.5.8 Entscheidungszuständigkeit
- 6.5.9 Widerspruchsentscheidungen und Bescheide über Widersprüche
 - 6.5.9.1 Allgemeines
 - 6.5.9.2 Abhilfebescheid
 - 6.5.9.3 Widerspruchsbescheid
- 6.6 Vorläufiger Rechtsschutz
 - 6.6.1 Bedeutung
 - 6.6.2 Arten; grundsätzliche Abgrenzung
 - 6.6.3 Aufschiebende Wirkung des Widerspruchs und der Anfechtungsklage
 - 6.6.3.1 Bedeutung; Umfang
 - 6.6.3.2 Voraussetzungen
 - 6.6.4 Dauer der aufschiebenden Wirkung
 - 6.6.5 Ausschluss der aufschiebenden Wirkung
 - 6.6.5.1 Allgemein
 - 6.6.5.2 Ausschluss der aufschiebenden Wirkung kraft Gesetzes
 - 6.6.5.2.1 Ausschluss beim Anfordern öffentlicher Abgaben und Kosten
 - 6.6.5.2.2 Ausschluss bei unaufschiebbaren Verwaltungsakten von Polizeivollzugsbeamten

6.6.5.2.3 Ausschluss in anderen durch
Bundesgesetz vorgeschriebenen Fällen

6.6.5.2.4 Ausschluss von Vorhaben betreffend
die Zulassung von Bundesverkehrswegen und
Mobilfunknetzen

6.6.5.3 Ausschluss der aufschiebenden Wirkung
durch Anordnung der sofortigen Vollziehung

6.6.5.3.1 Ausdrückliche Anordnung

6.6.5.3.2 Rechtsnatur der Anordnung

6.6.5.3.3 Rechtmäßigkeitsanforderungen.

6.6.5.3.4 Wirksamkeit der Anordnung

6.6.6 Aussetzung der Vollziehung; Anordnung oder
(Wieder-)Herstellung der aufschiebenden Wirkung

6.6.7 Drittwiderspruch und aufschiebende
Wirkung

6.6.8 Einstweilige Anordnung

Anhang Rechtsbehelfsbelehrung

1. Funktion einer Belehrung

2. Pflicht zur Erteilung einer Belehrung

3. Anforderungen an eine ordnungsgemäße Belehrung

4. Ergänzende Zusätze

5. Folgen bei richtiger und fehlender oder unrichtiger
Belehrung

5.1 Folgen bei richtiger Belehrung

5.2 Folgen bei fehlender oder unrichtiger Belehrung

5.3 Nachholung und Berichtigung

Stichwortverzeichnis

Prüfungsschemata - Überblick

	Seite	Rdnr.
1. Anwendbarkeit VwVfG	27	(44c)
2. Rangfolge Rechtsquellen	31	(53)
3. Schutznormtheorie	41	(70)
4. Genehmigungsfiktion	92	(127b)
5. Begründung Verwaltungsakt	108	(152)
6. Heilung (§ 45 VwVfG)	118	(181)
7. Nichtigkeitsprüfung	144	(219)
8. Rechtmäßigkeit Nebenbestimmung	162	(249)
9. Wiederaufgreifen des Verfahrens	192	(307)
10. Einschränkung der Rücknahme durch § 48	200	(318)
II		
11. Rechtmäßigkeit sofortiger Vollzug	241	(394)
12. Rechtmäßigkeit Leistungsbescheid	243	(398)
13. Anfechtungsklage	256	(410c)
14. Verpflichtungsklage	259	(413a)
15. Allgemeine Leistungsklage	261	(414e)
16. Feststellungsklage	263	(417a)
17. Widerspruchsverfahren	266	(428)
(Rechtsgrundlagen)		
18. Vorverfahren (Überblick)	267	(429)
19. Zulässigkeit Widerspruch	271	(437)
20. Begründetheit Anfechtungswiderspruch I	296	(484)
21. Begründetheit Anfechtungswiderspruch II	297	(485)
22. Begründungsgebot nach § 80 Abs. 3 VwGO	324	(539)
23. Anordnung sofortige Vollziehung	326	(543)
24. Antrag nach § 80 Abs. 5 VwGO	328	(546a)
25. Begründetheit der einstweiligen Anordnung	331	(552)

Abkürzungen

a. A./A. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
a. E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der EU
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AG	Aktiengesellschaft
Allg.Zust.VO-Kom	Allgemeine Zuständigkeitsverordnung für die Gemeinden und Landkreise zur Ausführung von Bundesrecht (Nds.)
allg.	allgemein
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts (Z)
APF/apf	Ausbildung, Prüfung, Fortbildung (Z)
arg.	argumentum
Art.	Artikel
AtomG	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz)
AufenthG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG)
AÜG	Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
AVV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift(en)
AZ	Aktenzeichen

BAföG	Bundesgesetz über die individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz – BaföG –)
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Bundesarbeitsgerichtsentscheidung
BauGB	Baugesetzbuch
BauNVO	Baunutzungsverordnung
BauR	Baurecht (Z)
Bay.	Bayerisch(er)
Bay AG VwGO	Bayerisches Ausführungsgesetz zur Verwaltungsgerichtsordnung
BayStrWG	Bayerisches Straßen- und Wegegesetz
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter (Z)
BayVGh	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BBG	Bundesbeamtengesetz
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
Bd.	Band
BeamtSG	Beamtenstatusgesetz
Beschl.	Beschluss, Beschlüsse
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI. I	Bundesgesetzblatt Teil 1
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz)
32. BImSchV	zweiunddreißigste Verordnung zur

	Durchführung des Bundes- Immissionsschutzgesetzes
BJagdG	Bundesjagdgesetz
BNotO	Bundesnotarordnung
BRS	Baurechtssammlung
BSG	Bundessozialgericht
BStBl.	Bundessteuerblatt
BtMG	Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (Betäubungsmittelgesetz)
BUmzugKG	Bundesumzugskostengesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ^{*1}
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts [*]
BWO	Bundeswahlordnung
DÖV	Die öffentliche Verwaltung (Z)
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Z)
DVP	Deutsche Verwaltungspraxis (Z)
€	Euro (Zahlungsmittel)
EGV	EG-Vertrag
EGovG	E-Governmet.Gesetz
Einf.	Einführung
EU	Europäische Union
e. V.	eingetragener Verein
EVwVfG	Entwurf eines Verwaltungsverfahrensgesetzes, Bundestags-Drucksache 7/910 (1973)

FeV	Fahrerlaubnis-Verordnung
f., ff.	folgende; fortfolgende
Fn.	Fußnote(n)
FStrG	Bundesfernstraßengesetz
FStrPrivFinG	Fernstraßenbaufinanzierungsgesetz
FZV	Verordnung über die Zulassung von Fahrzeugen zum Straßenverkehr (Fahrzeug-Zulassungsverordnung)
GastG	Gaststättengesetz
Gem.	Gemeinsamer
Gems-OGB	Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes
GewArch	Gewerbearchiv (Z)
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GüKG	Güterkraftverkehrsgesetz
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
Halbs.	Halbsatz
HandwO	Gesetz zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung)
Hrsg.	Herausgeber
Hess.	Hessischer
HessAGVwGO	Hessisches Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung
h. M.	herrschende Meinung

i. e. S.	im engeren Sinne
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
insb.	insbesondere
i. S.	im Sinne
i. w. S.	im weiteren Sinne
i. V.	in Verbindung
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter (Z)
Jura	Juristische Ausbildung (Z)
JuS	Juristische Schulung (Z)
JZ	Juristen-Zeitung (Z)
KFZ	Kraftfahrzeug
KommunalPraxis	KommunalPraxis Landesaussage
N	Niedersachsen (Z)
KrWG	Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung umweltverträglicher Beseitigung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz)
LAG	Landesarbeitsgericht
LBauO	Landesbauordnung Rheinland-Pfalz
LG	Landgericht
LJagdG	Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesjagdgesetz (Niedersächsisches Landesjagdgesetz)
LStrG	Landesstraßengesetz für Rheinland-Pfalz
LVK	Landes- und Kommunalverwaltung (Z)
LVwG	Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz)

ME	Musterentwurf (eines einheitlichen Polizeigesetzes)
MRVerbG	Gesetz zur Verbesserung des Mietrechts und zur Begrenzung des Mietanstiegs sowie zur Regelung von Ingenieur- und Architektenleistungen
m. N.	mit Nachweisen
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NBauO	Niedersächsische Bauordnung
NBG	Niedersächsisches Beamtenengesetz
Nds.	Niedersachsen; Niedersächsisch
Nds. DVOBauGB	Nds. Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches
Nds.GVBl.	Niedersächsisches Gesetz und Verordnungsblatt
Nds. MBl.	Niedersächsisches Ministerialblatt
Nds. OVG	Niedersächsisches Obergerverwaltungsgericht
Nds. Verf.	Niedersächsische Verfassung (NV)
Nds. VwZG	Niedersächsisches Verwaltungszustellungsgesetz
NGastG	Niedersächsisches. Gaststättengesetz
NKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
NPsychKG	NPsychKG
NHG	Niedersächsisches Hochschulgesetz
NJagdG	Niedersächsisches Jagdgesetz
NJG	Nds. Justizgesetz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Z)
NKAG	Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz
NKomZG	Niedersächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit

NKWG	Niedersächsisches Gemeinde- und Kreiswahlgesetz (Niedersächsisches Kommunalwahlgesetz)
NLVO	Niedersächsische Laufbahnverordnung
Nord ÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland (Z)
NPOG	Nds. Polizei- und Ordnungsbehördengesetz
NSchG	Niedersächsisches Schulgesetz
NStrG	Niedersächsisches Straßengesetz
NuR	Natur und Recht (Z)
NVwKostG	Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz
NVwVfG	Niedersächsisches Verwaltungsverfahrensgesetz
NVwVG	Niedersächsisches Verwaltungsvollstreckungsgesetz
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht (Z)
NWG	Niedersächsisches Wassergesetz
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OVGE	Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte in Münster und Lüneburg ^{*2}
OVG M-V	Oberverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
OZG	Onlinezugangsgesetz
PBefG	Personenbeförderungsgesetz

RdErl.	Runderlass
RdNr./Rn.	Randnummer(n)
RLP	Rheinland-Pfalz
RVO	Rechtsverordnung
S.	Seite; Satz
SaarlStrG	Saarländisches Straßengesetz
Sächs. OVG	sächsisches Obergerverwaltungsgericht
SGB-AT	Sozialgesetzbuch – Erstes Buch (I) Allgemeiner Teil
sog.	sogenannte(r)
StabG	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StrWG	Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVO	Straßenverkehrs-Ordnung
StVZO	Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung
TA-Luft	Technische Anleitung Luft
TierSchG	Tierschutzgesetz
Tz.	Textzahl(en)
u. a.	unter anderem
UPR	Umwelt- und Planungsrecht (Z)
UIG	Umweltinformationsgesetz
URG	Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz
Urt.	Urteil(e)
u. U.	unter Umständen

UzwG	Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes
VA	Verwaltungsakt
VDG	Vertrauensdienstegesetz
VereinsG	Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts
VersammlG	Versammlungsgesetz
VerwArch	Verwaltungsarchiv (Z)
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VR	Verwaltungsrundschau (Z)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwV	Verwaltungsvorschrift
VwVfÄnG, 3.	Drittes Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz (des Bundes)
VwVG	Verwaltungsvollstreckungsgesetz (des Bundes)
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz (des Bundes)
VwZVG	Bayerisches Verwaltungszustellungs- und vollstreckungsgesetz
WehrpflG	Wehrpflichtgesetz
WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz)
WoGG	Wohngeldgesetz

WohnBindG	Wohnungsbindungsgesetz
Z	Zeitschrift
z. B.	zum Beispiel
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Baurecht (Z)
Ziff.	Ziffer
ZPO	Zivilprozessordnung
ZuVO-Verkehr	Zuständigkeitsverordnung Verkehr
z. T.	zum Teil
	Paragrafen ohne weitere Angaben sind Paragrafen des Verwaltungs- verfahrensgesetzes des Bundes